

Herrn Bundesminister a.D. Cem Özdemir
Herrn Fraktionsvorsitzenden Manuel Hagel
Frau Ministerin Theresa Schopper

Ihnen schreibt
Sebastian Kölsch
Vorsitzender

Tel. 0711 741095
vorsitz@leb-bw.de

Stuttgart, 31.03.2026

Offener Brief zu notwendigen Änderungen im Bildungsbereich – Resolution des 20. Landeselternbeirats

Sehr geehrte Angehörige der Sondierungsteams von
Bündnis 90/Die Grünen und CDU,
lieber Herr Özdemir,
lieber Herr Hagel,
liebe Frau Schopper,

die Sondierungsgespräche zu einer möglichen grün-schwarzen
Koalition in Baden-Württemberg laufen. Der Landeselternbeirat
wendet sich aus diesem Grund mit einem Appell an Sie:

Stellen Sie Bildung in den Fokus!

Auf seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch hat der
20. Landeselternbeirat die folgenden Themen verabschiedet, die
konsensfähig sein können und die die Qualität von Schulen und
Bildung im Land für unsere Kinder nachhaltig steigern würden.

Bereits im November hatten wir in unserem **Bildungspolitischen
Hausaufgabenheft** skizziert, in welchen Bereichen wir
Handlungsbedarf sehen (siehe Anlage).

Über alles haben wir bereits im November die Einrichtung einer
Enquete-Kommission Bildung gesetzt, die wir nach wie vor als
einzige Chance ansehen, in einer Koalitionsregierung eine Analyse
des Status quo und Handlungsempfehlungen für eine künftige
nachhaltige Ausrichtung des Bildungslandes Baden-

Geschäftsstelle
Silberburgstraße 158
70178 Stuttgart

Telefonsprechstunde
Dienstag, Donnerstag
8:30 bis 12:00 Uhr

Vorstand
Sebastian Kölsch
(Vorsitzender)
Dr. Gebhard Mehrle
Erika Macan
Manja Reinholdt
Susanne Balzer
Bernd Oberhäußer
Friedhelm Biene

Kontakt
Tel. 0711 741094
Fax 0711 741096
www.leb-bw.de
info@leb-bw.de

Württemberg zu erarbeiten, die ideologiefrei und wissenschaftsbasiert ist – und die praktischen Erfahrungen der Betroffenen sowie best practise aus vergleichbaren Regionen mit einbezieht.

Als größter und demokratisch legitimierter Interessenverband im Bildungsbereich im Land appellieren wir an Sie:

**Seien Sie mutig und klammern Sie Bildung
in einer möglichen Koalition nicht aus!**

Weitere fünf Jahre Stillstand mit wenigen – nur auf Druck von außen und dann als nicht wirklich guter Kompromiss – umgesetzten Änderungen haben unsere Kinder und hat dieses Land nicht verdient.

Denken und handeln Sie nachhaltig; denn Investitionen in die Bildung von heute sind gleichzeitig Investitionen in den Wirtschaftsstandort von morgen.

Gerne bleiben wir zu den Forderungen unserer Resolution (siehe Folgeseiten) im Kontakt.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Kölsch
Vorsitzender des 20. LEB

Resolution des 20. Landeselternbeirats vom 31.03.2026:

Bildungsgerechtigkeit und gleichberechtigte Beteiligung aller Akteure müssen oberstes Ziel sein

- **Finanzierung für Bildung und Schulen sichern**
- **Kultusministerium handlungsfähig machen**
- **Erkenntnisse statt Parteiprogrammen nutzen**
- **Navi4 BW mutig korrigieren**
- **Alle Aktive rund um Schule wertschätzen**
- **Schule muss kostenlos werden**

Der 20. Landeselternbeirat appelliert an die Landespolitik angesichts der aktuellen Sondierungs- und Koalitionsgespräche: Rücken Sie Bildung in den Fokus und verpflichten Sie sich zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg.

1) Finanzierung von Schule vor Ort

Zu häufig ist schulischer Erfolg nicht nur von Elternhaus oder sozialer Herkunft abhängig; auch der Wohnort bzw. die gewählte (oder zugewiesene) Schule spielen eine Rolle.

Moderne Leuchtturmschule hier, vernachlässigter Sanierungsfall dort; Smartboards und Schüler-Tablets für alle hier, Kreidetafel und ein Klassensatz iPads für 600 Kinder dort: So sieht die Schulrealität noch viel zu oft aus im Land aus.

Schülerinnen und Schüler absolvieren scheinbar die gleichen Schulabschlüsse, kommen aber völlig unterschiedlich gewappnet von der Schule.

Das Land muss dafür Sorge tragen, klammen Kommunen ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen, Schulen adäquat und zukunftsfest auszustatten. Die Kommunen sind gefordert, sich auf einheitliche Quoten der an die Schulen zu gebenden Umlage-Beträge zu verpflichten. Nur so kann sichergestellt werden, dass Schülerinnen und Schüler vergleichbare Bedingungen (z.B. echte Lernmittelfreiheit) vorfinden.

2) Kultusministerium die notwendige Beinfreiheit verschaffen

Bildungsqualität ist keine Verhandlungsmasse. Unterdeckungen im Stellenplan müssen in den Haushaltsverhandlungen der Vergangenheit angehören.

Die Schulverwaltung muss in die Lage versetzt werden, ihre vornehmste Aufgabe der Sicherstellung und Anhebung der Bildungsqualität auch zu gewährleisten. Das notwendige Personal an Schulen ist dafür die Mindestvoraussetzung. Dies umfasst nicht nur Lehrpersonal (Ziel muss hier die OECD-Empfehlung von 110% Abdeckung sein), sondern auch weitere Kräfte für die wichtiger werdenden Aufgaben von Schulsozialarbeit über Schulpsychologie und Integrationshilfe bis zu digitaler Administration. Bildung ist Ländersache, Personal ist dafür die Grundvoraussetzung – nicht nur im pädagogischen Bereich.

3) Erkenntnisse und Empfehlungen vor Ideologien

Eine breite Allianz aus Interessengruppen und Verbänden fordert gemeinsam eine Enquete-Kommission Bildung. Das von der Landesregierung eingesetzte Bürgerforum zu G9 hatte bereits Empfehlungen erarbeitet. Die Politik muss aufhören, Bildung durch die parteifarbige Brille zu betrachten und nur selektiv auf Empfehlungen, wissenschaftliche Erkenntnisse oder erfolgreiche Erfahrungen vergleichbarer Gesellschaften zu hören. Baden-Württemberg ist heterogener als im letzten Jahrhundert. Die Bildungsmedizin von damals wird heute nicht anschlagen. Der Landtag ist gefordert, Baden-Württembergs Bildungswesen zukunftsfit, nicht rückwärtsgewandt zu entwickeln. Das geht nicht mit Koalitionsarithmetik an Verhandlungstischen, sondern mit der Bereitschaft, Impulse von außen aufzunehmen und vorherrschende bildungswissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus vergleichbaren Ländern oder Regionen nicht nur zu berücksichtigen, sondern zu beherzigen.

4) Webfehler bei Navi4 BW mutig beheben

Der Landeselternbeirat ist immer noch überzeugt, dass Aufklärung und Information besser sind als Bevormundung und Beschränkung. Gut informierte Eltern entscheiden vernünftig. Wenn an dem Kompromiss vom Mai 2024 jedoch nicht zu rütteln ist, empfiehlt der LEB eine leichte Korrektur von Navi4 BW, die enorm viel Druck aus dem System nimmt:

1. Zuerst (z.B. Anfang Dezember) muss die Klassenkonferenz mit der Festlegung auf die pädagogische Gesamtwürdigung sein.
2. In den Übergangsgesprächen (bis zu den Weihnachtsferien) wird diese den Eltern mitgeteilt.
3. Nach den Weihnachtsferien wird Kompass4 geschrieben

4. Im Februar dann der Potenzialtest mit mehr Potenzial- und weniger Kompetenzanteil.

Kompass4 erhält dadurch genau den objektiven Alternativ-Charakter, der ihm bisher bereits zugeschrieben war, den aber viele nicht glauben konnten.

5) Alle Akteurinnen und Akteure an Schule wertschätzen

Eltern werden im Kontext Schule zu oft negativ konnotiert erwähnt. Hier solche, die nicht mal vorlesen, dort die Helikopter-Mamas, hier die Klage-Papas und überall die Elterntaxis.

Eltern sind aber ganz essenzieller Bestandteil von guter Schule.

Ohne Eltern gäbe es weniger Wandertage, weniger Theaterbesuche, weniger Schulfeste, weniger Fördervereine. Ohne Elternbeirats-Aktive gäbe es weniger Schulentwicklung, weniger Bildungs-Lobby, weniger Elternmotivation, weniger Unterstützung für Schulleitungen.

Dieses Engagement muss gewürdigt werden. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass dieses große ehrenamtliche Engagement möglich, rechtssicher und ohne finanzielle Risiken ist. Wo Eltern in Gremien mit Gesetzesrang ehrenamtlich tätig sind, muss auch die Grundlage geschaffen werden, dass dieses Ehrenamt neben dem Beruf überhaupt möglich ist.

6) Schule muss kostenlos werden

Ausdrücklich begrüßt der LEB die Bestrebungen, das letzte Kindergartenjahr verpflichtend zu machen. Einhellige Meinung dabei ist: „Wo etwas verpflichtend ist, muss es natürlich auch kostenfrei sein.“

Schule ist verpflichtend und muss daher natürlich kostenfrei sein.

Das fängt beim Ticket für den Bus an und hört bei der Lektüre, dem Taschenrechner oder einer Kopierumlage nicht auf. Wir erinnern an die Jahrzehnte alte Forderung nach kostenfreier Schülerbeförderung. Wo ein Schulbesuch am Wohnort nicht möglich ist, dürfen die Kosten für den Schulbus nicht auf die Eltern abgewälzt werden – für andere Bundesländer eine Selbstverständlichkeit.

Ein Unfall auf dem Schulweg gilt als Schulunfall. Dann ist auch die notwendige Benutzung des ÖPNV als Teil der Schule kostenfrei zu gestalten.

Diese Kernforderungen basieren auf einem Beschluss des
20. Landeselternbeirat Baden-Württemberg vom 25.03.2026

Anlage: Bildungspolitisches Hausaufgabenheft vom 21.11.2025

Bildungspolitisches Hausaufgabenheft

Stuttgart, 21.11.2025

Enquete-Kommission Bildung

Ein Viertel des 21. Jahrhunderts ist bereits vergangen. Schule funktioniert aber in weiten Teilen noch nach dem gleichen Prinzip wie zu unserer eigenen Schulzeit. Gesellschaftlichen Änderungen wird – wenn überhaupt – mit kleiner Flickschusterei begegnet. Allzu oft sind Änderungen ideologiegetrieben, statt an Wissenschaft und Praxis orientiert.

Für unsere Kinder fordern wir die Einrichtung einer Enquete-Kommission Bildung. Hier sollen Bildungs- und Erziehungswissenschaft, Kultusverwaltung und Lehrkräfteverbände, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern gemeinsam mit der Politik über das richtige Schulsystem für Baden-Württemberg beratschlagen. Die Ergebnisse sollen den langfristigen Rahmen für Schulbildung in Baden-Württemberg vorgeben. Bei der Gestaltung der Zukunft des Landes muss die Politik dem Expertenrat folgen und nicht die Betroffenen der Politik.

110 % Lehrkräfteabdeckung

Unabhängig von der Ausgestaltung des Schulsystems wird ohne Lehrkräfte Schule nicht funktionieren. Eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften ist deshalb in jedem Land und jedem Bildungssystem das A und O. 100 % sind jedoch nicht genug. Denn Lehrkräfte sind auch mal krank, gehen auf Klassenfahrten, bilden sich fort oder haben korrekturfrei. 100 % sind damit eine Mangelversorgung.

Für unsere Kinder fordern wir eine Personalplanung, in der 110 % an jeder Schule die Regel sind. Dies ist gleichbedeutend mit der Umsetzung einer Empfehlung der OECD. 110 % verringern den Unterrichtsausfall im normalen Alltag der Schulen und erhöhen damit die Bildungsqualität für alle.

Geschäftsstelle

Silberburgstraße 158
70178 Stuttgart

Telefonsprechstunde

Dienstag, Donnerstag
8:30 bis 12:00 Uhr

Vorstand

Sebastian Kölsch
(Vorsitzender)
Dr. Gebhard Mehrle
Erika Macan
Manja Reinholdt
Susanne Balzer
Bernd Oberhäußer
Friedhelm Biene

Kontakt

Tel. 0711 741094
Fax 0711 741096
www.leb-bw.de
info@leb-bw.de

Finanzierung von Schule vor Ort

Kommunale Schulträger tragen zahlreiche Lasten, wenn es um Schule geht. Schulhäuser und Sporthallen, Schwimmunterricht und digitale Endgeräte, Lernmittel und Schulverpflegung, Nachmittagsbetreuung und Schulsozialarbeit. Für alle genannten Punkte gibt es zwar Zuschüsse und Umlagen. Sie sind aber nicht kostendeckend. Im Ergebnis ist die Qualität von Schule für Kinder und Eltern abhängig von ihrem Wohnort.

Für unsere Kinder fordern wir eine klare Definition von „guter Schule“ mit Qualitätsstandards in allen Bereichen, die Schulträger aktuell autonom bestimmen können. Wo verbindliche Vorgaben zur Sicherung der Bildungsgerechtigkeit gemacht werden, müssen Schulträgern entsprechende finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das gilt für Investitionen genauso wie für den Betrieb.

Stärkung der Schulleitungen

Gute Schule hängt stark mit guter Schulleitung zusammen. Schulleitung muss genug Zeit haben: Um Schulentwicklung voranzutreiben, Lehrkräfte zu begleiten und Teambuilding für eine gute Schumatmosphäre zu fördern. Dafür ist immer weniger Zeit. Denn Administratives bindet immer mehr Ressourcen. Schulleitung ist daher nicht mehr attraktiv. Zahlreiche vakante Positionen sind auch zahlreiche vertane Chancen vor Ort.

Für unsere Kinder fordern wir eine grundlegende Neuausrichtung von Schulleitung. Eine klare Trennung in pädagogische und administrative Schulleitung eröffnet neue Möglichkeiten. Verwaltungstätigkeiten können von Verwaltungsfachkräften ausgeführt werden. Die administrative Betreuung mehrerer Schulen eröffnet Synergieeffekte und Professionalisierung. Die parallele Fokussierung auf die pädagogische Führung bietet Raum für Schulentwicklung. Diese Profilierung wird sich in mehr besetzten Schulleitungsstellen niederschlagen.

Digitale Initiative

Die Bemühungen, baden-württembergische Schulen digitaler werden zu lassen, sind groß. Oft sind die verschiedenen Stränge jedoch nicht verbunden und entfalten nur geringe Wirkkraft. Gute Angebote und Dienste sind nicht verbindlich. Schulen sind aufgrund des Engagements Einzelner auf unterschiedlichen

Niveaus der Digitalisierung. Fehlende Richtlinien hinsichtlich der infrastrukturellen Ausstattung tun ihr übriges. Gleichzeitig binden Leuchtturmprojekte Ressourcen und täuschen einen Digitalisierungsgrad vor, der der Überprüfung in der Fläche nicht standhält.

Für unsere Kinder fordern wir eine verbindliche Digitalstrategie für baden-württembergische Schulen. Sie muss alle Aspekte von Kommunikation und Austausch im Alltag über Didaktik und Zielkompetenzen in der Lehre bis hin zu Ausstattung und Lehrkräftebildung enthalten. Diese Digitalstrategie ist verbindlich für alle Schulen, um auch digital Bildungsgerechtigkeit zu realisieren.

Pflicht-Personal weiterdenken

Schulen sind heterogener als früher. Das betrifft sowohl die eingesetzten Lehrmethoden als auch die Kinder und Jugendlichen. Daher ist eine personelle Ausstattung wie im letzten Jahrtausend nicht mehr ausreichend. Allzu oft hängt das gute Umgehen mit den Herausforderungen der Gegenwart am Engagement bzw. an den Kenntnissen Einzelner. Das fängt bei der Einrichtung und Administrierung von Netzwerken und digitalen Endgeräten an und hört bei freiwilligen Förderstunden oder Krisenintervention in der Freizeit noch nicht auf.

Für unsere Kinder fordern wir ein klares Bekenntnis zu unerlässlichen Fachkräften und -kompetenzen an Schulen des 21. Jahrhunderts: Schulsozialarbeit, digitale Administration, Schulpsychologie, Integrationshilfe und je nach örtlicher Situation auch weitere Disziplinen sind dringend benötigte Kompetenzen. Das Abwälzen dieser Aufgaben auf Lehrkräfte führt zu einer Bindung von pädagogischer Kapazität. Fachlich anspruchsvolle Aufgaben zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen müssen auch von Fachkräften ausgeführt werden. Immer und überall.

Reformierung des Berufs „Lehrkraft“

Wer sich Ende der 90er-Jahre für den Beruf der Lehrkraft entschieden hat, ist heute mit einem anderen Berufsbild konfrontiert als zur Zeit der Berufswahl. Sprachliche und kulturelle Diversität, Ganztage, Inklusion, Binnendifferenzierung, Smartphones sind nur einige der Herausforderungen, die früher viel kleiner oder nicht existent waren. Völlig unvorbereitet müssen

Lehrkräfte aber damit klarkommen. Dazu kommt eine nach wie vor oft unverständliche Hierarchisierung innerhalb der Lehrkräfte nach Schularten, die sich in Deputatsstunden und Bezahlung widerspiegelt und dadurch ein Zerrbild der tatsächlichen Leistung und Belastung abgibt.

Für unsere Kinder fordern wir eine grundlegende Reform der Ausbildung. Sie muss sich viel stärker flexibel an neue Herausforderungen anpassen lassen. Für alle bereits im Dienst befindlichen Lehrkräfte müssen Fortbildungen nicht nur auf dem Papier verpflichtend sein. Kinder und Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass Lehrkräfte immer auf dem neuesten Stand sind. Die pauschale Benachteiligung von Lehrkräften der Primarstufe bei der Bezahlung und die pauschale Bevorzugung gymnasialer Lehrkräfte bei der Unterrichtsverpflichtung muss einer gerechteren, zum Beispiel fachabhängigen Realität weichen. Dies dient dem Ansehen des Berufsstands und stärkt auch die zahlreichen hoch engagierten Lehrkräfte.

Bildung stärkt unsere Kinder und Jugendlichen für ihre Zukunft. Bildung stärkt somit unmittelbar die Zukunft von Baden-Württemberg.

Als Eltern von Schulkindern fordern wir von der Politik eine ernsthafte, faktenbasierte Auseinandersetzung mit dieser Zukunft und eine ausreichende Finanzierung. Nur so ist Bildungsgerechtigkeit nachhaltig zu erreichen.

Als Landeselternbeirat strecken wir wie zahlreiche andere Interessengruppen die Hand aus und bieten der Politik unsere Unterstützung und Mitarbeit an.

Für unsere Kinder.